

„Gesetze werden in Elefantenrunden beschlossen“

Der Präsident des Verfassungsgerichts und auch die FDP beklagen eine Aushöhlung des Parlamentarismus

VON JOACHIM PETER

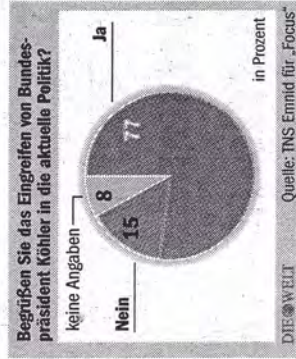
Berlin – Man will es kaum glauben, aber Guido Westerwelle sehnt sich offenbar nach alten Zeiten zurück. „Die große Koalition verhält sich bei der Gesetzgebung schlechter, als es Rot-Grün jemals getan hat“, sagte Westerwelle am vergangenen Mittwochmorgen in Berlin. Gerade attackierten Spitzenpolitiker von Union und SPD den Bundespräsidenten, weil dieser das zweite Mal von seinem Vetorecht im Gesetzgebungsverfahren Gebrauch gemacht hatte. Erst stoppte Horst Köhler das Gesetz zur Privatisierung der Fluggesellschaft, dann das Verbraucherschutzgesetz. Aus Sicht des Staatsoberhauptes sind beide Gesetzestexte fehlerhaft. Handwerkliches Ungeschick? Westerwelle wollte davon nichts wissen: „Das ist die Arroganz der großen Regierungsmehrheit.“

Jetzt hat sich Deutschlands höchster Richter in die Debatte eingeschaltet und die gegenwärtige Regierungspraxis indirekt angeprangert. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, kritisiert, dass Gesetze zumeist im Hausrück-Verfahren außerhalb der Parlamente beschlossen werden. Zudem attestiert er einen „Hang zur Überreglementierung“. Pa-



Horst Köhler

FOTO: AP



Hans-Jürgen Papier

FOTO: AP

„sofort die Gesetzesmaschine angeworfen wird und Normen produziert werden“. Dies geschehe ohne Rücksicht darauf, ob diese Normen tatsächlich umgesetzt werden können. In Deutschland gebe es „aufs Ganze gesehen wirklich kein Gesetzesdefizit. Wenn, dann haben wir allenfalls ein Vollzugsdefizit“, sagte Papier. Aus Sicht des FDP-Chefs treibt die große Koalition die Aushöhlung des Parlaments ganz bewusst voran. „Die Bundesregierung und die Mehrheitsfraktionen des Deutschen Bundestages greifen verstärkt zum Instrument der Fristverkürzungsbitte, um den Gesetzgebungsvorgang zu beschleunigen“, sagte Westerwelle. Wenn der Ständige Beirat des Bundesrates einer solchen Bitte nachkomme, finde „im Regelfall keine geordnete Ausschussberatung mehr statt“. Stattdessen werde dann im „schriftlichen Umlaufverfahren“ entschieden. Der FDP-Chef verweist auf die Statistik, die die Häufung bewilligter Fristverkürzungen belege: Im Jahr 2004 – damals regierte noch Rot-Grün – hat der Ständige Beirat 25 von insgesamt 28 Fristverkürzungsbitte befürwortet. Dagegen gab es im zweiten Halbjahr 2006 allein 33 solcher Anträge, von denen keiner abschlägig beschieden wurde.

„Ich glaube, man muss beim Parlament selbst ansetzen. Wir müssen die Parlamente wieder stärken.“ Mit Volksentscheiden oder Volksbegehren sei der gegenwärtigen Krise des Parlamentarismus nicht zu begegnen. Dem Verfassungsrichter zufolge neigt man in Deutschland auch zur „Überreglementierung“. In der Politik gebe es die Tendenz, dass beim Auftreten von Problem

fordert daher eine Stärkung der Parlamente. In der vergangenen Zeit seien große gesetzliche Vorhaben in „irgendwelchen Elefantenrunden oder schlussendlich im Vermittlungsausschuss innerhalb der Nacht beschlossen worden“, sagte Papier dem Deutschlandfunk. Der Bundestag sei dann vielfach nur noch in der Lage gewesen, „dies gewissermaßen abzumicken“. Pa-

Die nächste Gesetzespanne?

Im Finanzstreit mit dem Bund erhält die Bundesagentur für Arbeit (BA) Schützenhilfe vom Wissenschaftlichen Dienst des Bundestags. Laut „Focus“ kommt dieser einem Gutachten zu dem Schluss, dass der sogenannte Aussteuerungsbetrag „verfassungsrechtlich problematisch“ sei. Bei dem Aussteuerungsbetrag handelt es sich um eine bei Hartz IV festgelegte Art Strafzahlung der BA an den Bund. Für jeden Langzeitarbeitslosen, der auch drei Monate nach Auslaufen des Anspruchs auf Arbeitslosengeld I noch ohne Beschäftigung ist, muss die BA rund 10 000 Euro nach Berlin überweisen. dpa